

BFS-TRENDINFO

3/17

Informationen für Führungskräfte der Sozialwirtschaft

Editorial

Pflege

Sechs-Stunden-Arbeitstag: Den Schweden lieb, nur leider zu teuer

Was kommt auf uns zu, wenn Osteuropa vergreist?

Gesundheitswirtschaft

Neue Geschäftsfelder und mehr vom Kuchen der ambulanten Versorgung

Bildung

Gute Kita darf mehr kosten

Integration

Investition in Sprache und Bildung zahlt sich aus

Gesellschaft

Wohlfahrtsstaat unter Reformdruck: Investitionen in die Gerechtigkeit

Rentenkluft: Frauen sind Lückenbüßer, Männer aber auch

Buchempfehlung

Gerhard Henkel: Rettet das Dorf! Was jetzt zu tun ist

Impressum

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der März ist ein Monat der Veranstaltungen. Wenn die Natur aus dem Winterschlaf erwacht, spüren auch wir neue Energie, lassen uns gern von Vorträgen und auf Messen inspirieren, knüpfen Kontakte und gehen unsere Projekte mit neuem Elan an. Unsere drei Veranstaltungs-Highlights des Monats sind:

- das [DRG-Forum](#), das hochkarätige Branchentreffen der Gesundheitswirtschaft, das am 23./24. März erstmals mit einem eigenen Reha-Forum in Berlin startet. Hier spricht u.a. unser Reha-Experte Jens Hayer über erfolgreiche Investitionsfinanzierung vor dem Hintergrund der aktuellen Marktveränderungen im Reha-Bereich,
- die Fundraisingtage am 24. März im Universitätsklinikum [Frankfurt am Main](#) mit dem Schwerpunkt Gesundheitswesen und am 30. März in [Gelsenkirchen](#), wo aktive Fundraiser aus über 200 gemeinnützigen Organisationen erwartet werden und
- die [Sozialwirtschaftliche Managementtagung](#) am 15. März an der Hochschule Mainz, die das Thema Digitalisierung der Sozial- und Gesundheitswirtschaft in den Mittelpunkt stellt und Unternehmen und Organisationen bei der Strategieentwicklung unterstützt.

Auch unsere Geschäftsstellen organisieren verschiedene Vortragsveranstaltungen, teilweise zusammen mit Partnern.

Sie greifen Fragestellungen des Managements auf, die entweder generell für die Sozial- und Gesundheitswirtschaft interessant sind und oder gezielt einzelne Branchen ansprechen. Schauen Sie doch mal in unserem [Veranstaltungskalender](#), ob für Sie etwas dabei ist!

Aber nicht nur Vorträge und Tagungen liefern neue Ideen und Inspirationen, auch der Blick in aktuelle Studien, Bücher und Pilotprojekte lohnt bekanntermaßen immer wieder. In der März-Ausgabe der Trendinfo haben wir wieder eine breite Palette an Themen für Sie zusammengestellt.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Ihre
Bank für Sozialwirtschaft

Pflege

Sechs-Stunden-Arbeitstag: Den Schweden lieb, nur leider zu teuer

An manchen Tagen konnte sich das staatliche Svartedalens-Altenheim in Göteborg vor Anfragen kaum retten. Nur galten sie nicht den begehrten Wohnplätzen für pflegebedürftige alte Menschen. Alle Welt schien sich ausschließlich für ein Arbeitszeitprojekt zu interessieren, von dem fast jeder geplagte Mitarbeiter träumt: zwei Stunden täglich weniger arbeiten bei vollem Gehalt. Nach zweijähriger Erprobung ist jetzt Schluss mit dem Sechs-Stunden-Tag. Das staatlich geförderte Modellvorhaben gilt als gescheitert – mit ernüchternder Signalwirkung: Im Erfolgsfall hätte es auf weitere Einrichtungen ausgeweitet werden sollen.

Ein Experiment, das motiviert und inspiriert

Dabei gibt es zunächst viel Positives zu resümieren: Die 80 beteiligten Pflegekräfte sagten für die Pilotphase 2015/2016 aus, sich gesünder, entspannter und motivierter zu fühlen. Sie erlebten die 30-Stunden-Woche als Bereicherung ihres Familien- und Freizeitlebens. Auch die Senioren lernten die bessere Betreuung und Pflege zu schätzen. Doch das Experiment hat seinen Preis. Und die sind dem Heimträger zu hoch.

Die Rechnung ging nicht auf

Der Testlauf geht auf eine Initiative der Vänsterpartiet zurück, dem Pendant zur deutschen Linkspartei. Er sollte Erkenntnisse über Kosten und Nutzen einer verkürzten Arbeitszeit liefern.

Das Modell basiert auf der Annahme, dass erhöhte Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter und deren abnehmender Krankenstand die Kosten der erforderlichen Personalaufstockung kompensieren könnten. Doch die Rechnung ging nicht auf. Die Krankentage der Mitarbeiter nahmen lediglich um 0,6 Prozent ab. Das entscheidende Problem aber waren die Kosten für 14 zusätzliche Mitarbeiter. Zwölf Millionen Schwedenkronen (1,26 Millionen Euro) fielen laut der Finanznachrichtenagentur Bloomberg an. Der für das Projekt verantwortliche Politiker Daniel Bernmar kommentierte: „Es ist viel zu teuer, um eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit innerhalb eines angemessenen Zeitraums durchzuführen.“

Das Ergebnis des Arbeitszeitexperiments im Seniorenheim deckt sich übrigens mit einem entsprechenden Testlauf im Sahlgrenska Universitätsklinikum in Göteborg. Auch hier steht den positiven Rückmeldungen der 89 beteiligten Krankenschwestern und Ärzte ein starker Zuwachs der Personalkosten gegenüber. Angesichts eines 24-Stunden-Dienstplans war das auch gar nicht anders zu erwarten. Hat sich der Traum von weniger Arbeit bei gleichem Gehalt damit erledigt?

Jeder Branche ihr eigenes Modell

Selbst wenn sich der Plan vom kostengünstigen Sechs-Stunden-Tag für die Gesundheitsberufe

als ungeeignet erweist, so lässt sich damit in anderen Branchen durchaus punkten. Schließlich gilt Schweden nicht zufällig als Pionier in puncto Arbeitszeitverkürzung. So arbeitet eine Toyota-Werkstatt in Göteborg bereits seit 14 Jahren in täglich zwei sechs-Stunden-Schichten. Der Betrieb konnte seine Gewinne dank dieser Maßnahmen seit 2002 um 25 Prozent steigern, obwohl die Löhne über dem Branchendurchschnitt liegen. Die Beschäftigten arbeiten in den verkürzten Schichten konzentrierter, haben mehr Zeit zur Regeneration und verursachen weniger Fluktuation. Überdies ist es leichter, neue Mitarbeiter zu finden. Zu einem ähnlichen Urteil kommen einige Internet-Start-ups, die ebenfalls mit verkürzten Arbeitsschichten experimentieren – mitunter ohne Lohnausgleich.

Was bedeutet das für die Pflegebranche in Deutschland?

Hierzulande dürften derartige Projekte zur Arbeitszeitverkürzung aufmerksam verfolgt werden. Vollzeitkräfte kommen laut Statistischem Bundesamt auf durchschnittlich 41,7 Stunden pro Woche, viele arbeiten länger als tariflich vereinbart. Treiber dieser Entwicklung sind effizienzsteigernde Maßnahmen mit Personaleinsparung. Mehr Arbeitsintensität, mehr Verdichtung, ein Mechanismus, der in der Alten- und Krankenpflege den Druck auf das Personal bekanntermaßen steigert. Vor diesem Hintergrund wäre eine Reduzierung der täglichen Arbeitszeit sinnvoll, regen Untersuchungen des Wirtschafts- und

Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung an.

Projektnutzen umfassend bewerten

Zurück nach Schweden. Obwohl der Sechs-Stunden-Tag für Gesundheitsberufe momentan als gescheitert gilt, dürfte die abschließende Bewertung durch Politiker und Experten spannend werden. Die im März erscheinende Evaluation soll Klarheit bringen, kündigt das Infoportal finanzen.net an. Dann werden die Daten aus dem lokalen Svartedalens-Modellprojekt auch in einem größeren gesamtwirtschaftlichen Kontext interpretiert. Schließlich führen zusätzliche Arbeitsplätze zu vermehrten Steuereinnahmen und zu Einsparungen durch sinkende Kosten für Kranken- und Arbeitslosengeld.

So will denn Daniel Bernmar das Projekt auch noch nicht begraben. „Ich persönlich glaube an kürzere Arbeitszeiten als langfristige Lösung“, zitiert ihn das Magazin „Stern“ in seiner Onlineausgabe. Beim Nachrichtensender n-tv wurde Bernmar noch deutlicher: Bisher habe man in Politik und Wirtschaft immer nur darüber gesprochen, wie man mehr arbeiten könne. „Jetzt müssen wir mal drüber sprechen, wie man ein langes Arbeitsleben durchhält, ohne dass man seinen Körper mit 60 zerstört hat.“

Der Artikel stützt sich im Wesentlichen auf die Resonanz deutscher Medien auf das schwedische Pilotprojekt.

Eine Auswahl:

- Rueckschlag Schweden beendet Experiment mit dem 6 Stunden-Arbeitstag
- arbeiten-in-schweden-sechs-stunden-sind-genug
- arbeiten-sechs-stunden-tag-test-schweden
- stunden-arbeitstag--schweden-stampft-testprojekt-ein
- Der-Sechs-Stunden-Arbeitstag-hat-nur-einen-Nachteil
- Warum-Sechs-Stunden-Arbeitstage-gut-sind-article

Was kommt auf uns zu, wenn Osteuropa vergreist?

Der Fehlbedarf an Pflegefachkräften nimmt bekanntlich zu – hierzulande auf bis zu 214.000 Vollzeitkräften bis zum Jahr 2025, schätzt das Statistische Bundesamt. Zugewanderte Pflegekräfte helfen den Engpass zu entschärfen. Ihr Anteil wuchs zwischen 2012 und 2015 um 15 Prozent. Hier hakt eine Studie der „Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa“ ein: Sie untersucht die Migration von Pflegekräften im Gefolge der großen EU-Erweiterung 2004* vor allem mit Blick auf Deutschland und Osteuropa. Welche demografischen Veränderungen in der Pflegebranche gingen damit einher, welche Auswirkungen hat dieser „Care Drain“ auf die Herkunftsländer?

Migration von Pflegekräften: Entwicklungslinien und Faktoren

Der integrierte EU-Arbeitsmarkt entwickelte in den vergangenen Jahren die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Harmonisierung und gegenseitige Anerkennung der Pflegeberufe. Lediglich die fehlende Sprachkompetenz ist noch eine Hürde. „Insofern kann man von einem EU-weiten Wettbewerb um Pflegekräfte sprechen, der institutionell gefördert wird“, erklärt die Studie.

Zur Darstellung der innereuropäischen Migration unterscheidet Studienautor Alejandro Rada zwei Hauptantriebskräfte. Zu den Push-Faktoren (abstoßende Kräfte in den Herkunftsländern) gehören niedrige Bezahlung, schlechte Arbeitsbedingungen und soziale Unsicherheit. Zu den Pull-Faktoren (anziehende Kräfte in den Aufnahmeländern) zählen gute Entlohnung, Verkehrs- und Kommunikationsstrukturen, außerdem grenznahe Kontaktnetze. Förderlich ist auch die hohe Akzeptanz von Pflegerinnen aus Osteuropa. Sie zählen zum selben Kulturkreis und werden mit positiven Stereotypen assoziiert (tüchtig, liebevoll, belastbar, billig).

Einige Ergebnisse

Insgesamt mehr als 3,1 Mio. Beschäftigte hierzulande sind in Gesundheits- und Pflegeberufen beschäftigt (2015; laut Mikrozensus des Stat. Bundesamtes), davon 419.000 mit

Migrationserfahrung. Das heißt, aktuell ist mehr als jeder zehnte Erwerbstätige in diesen Berufsbereichen nach Deutschland zugewandert, davon 80 Prozent aus den neuen EU-Ländern.

Die überwiegende Mehrheit der seit 2004 EU-weit zugewanderten Pflegekräfte stammt aus Osteuropa. „Mit einem Anteil von fast 60 % an den zugewanderten Pflegekräften aus den neuen Mitgliedsstaaten und einem Anteil von ca. 20 % an allen zugewanderten erwerbstätigen Pflegekräften stellt Polen das häufigste Herkunftsland von zugewanderten Pflegekräften dar“, stellt die Studie fest.

Die Beschäftigten aus den Visegrád-Staaten (Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn) sind bei der Zuwanderung größtenteils unqualifiziert, stellt die Studie fest. So sind bei Altenpflegehelfern sieben Prozent aus den Visegrád-Staaten, aus der gesamten EU drei Prozent. Bei Altenpflegefachkräften sind es drei bzw. ein Prozent.

Quantitative Schätzungen zur Migration in schwarze, d. h. informelle Pflegearrangements bewegen sich zwischen 145.000 (Dt. Institut für angewandte Pflegeforschung) und 200.000 Beschäftigten aus den vier Visegrád-Staaten (Lutz/Palenga-Möllenbeck).

Blick in die Zukunft: Neue Wege der Fachkräftegewinnung

Deutschland zählt zu den EU-Staaten mit dem höchsten Anteil an zugewanderten Gesundheits- und Pflegefachkräften aus dem

Binnenmarkt. Zukünftig stellt sich die Frage der Rekrutierung von Pflegekräften jedoch ganz neu, ist Autor Rada überzeugt. Demografische Verschiebungen werden demnach für eine erhebliche Zunahme des Pflegebedarfs in Osteuropa sorgen.

Dramatische Alterung in Osteuropa: So ist der Bevölkerungsanteil von Gesundheits- und Pflegefachkräften in den Visegrád-Staaten (6,3 %) gegenüber Deutschland (11,4 %) fast halb so groß. Allerdings nehmen die demografischen Vorteile gegenüber Westeuropa kontinuierlich ab. Experten prognostizieren den Visegrád-Staaten, im Jahr 2050 zu den ältesten EU-Gesellschaften zu zählen. In diesen Ländern dürfte sich also ein eklatanter Fachkräftemangel auf tun, zumal sie im Vergleich zu Westeuropa einen deutlich geringeren Bevölkerungsanteil von Gesundheits- und Pflegekräften haben.

Eindämmung des Schwarzmarkts: Eine Lösung sieht die Studie in der vermehrten Ausbildung von zugewanderten gering- und unqualifizierten Pflegekräften, die hierzulande in illegalen und informellen Arbeitsverhältnissen stehen. Immerhin bringt dieser Personenkreis Pflegeerfahrungen und Sprachkenntnisse mit, die bei Bewerbern aus südeuropäischen EU-Ländern oft fehlen. Für den Autor eine echte Win-Win-Situation: Der Pflegeschwarzmarkt würde eingedämmt und der Fachkräftemangel entschärft. Und wenn die Pflegebeschäftigten eines Tages in ihre Heimatländer zurückkehrten, könnten diese von den mitgebrachten Ausbildungsinvestitionen profitieren.

* Die Erweiterung von 2004 umfasst Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern.

Alejandro Rada, Pflegekräftemigration aus den neuen EU-Mitgliedstaaten nach Deutschland: Entwicklungslinien, Zukunftsperspektive und verantwortliche Faktoren, hg. von der Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa, Arbeitspapier Nr. 14, Oktober 2016, 29 Seiten, [Download](#).

Gesundheitswirtschaft

Neue Geschäftsfelder und mehr vom Kuchen der ambulanten Versorgung

Krankenhäuser sollen eine flächendeckende Versorgung sicherstellen, mehr Qualität bieten und wirtschaftlicher arbeiten. Mit mehr als einem Drittel der Kosten des Gesundheitswesens stehen sie hart im Blickpunkt der kritischen Öffentlichkeit. Dazu soll das aktuelle Krankenhausstrukturgesetz (KHSG) auch noch eine gründliche Reform der Kliniklandschaft anstoßen. Das wirft Fragen auf: Wie analysieren die Kliniken selbst ihre Stärken und Schwächen, wie wollen sie sich strategisch aufstellen? Eine gemeinsame Befragung des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI) und der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO nimmt das strategische Krankenhaus-Management ins Visier. An der repräsentativen Erhebung im Sommer 2016 beteiligten sich 226 Allgemeinkrankenhäuser mit mehr als 100 Betten.

Vier Fünftel (83 %) der Krankenhäuser verfügen gemäß Selbstauskunft über einschlägige Instrumente zur Planung, Umsetzung und abschließenden Überprüfung einer maßgeschneiderten Unternehmensstrategie. 47 Prozent der befragten Krankenhäuser gehören einem Unternehmensverbund an (z.B. Zweckverband, Konzern, Gruppe). Dieser Verbund nimmt Einfluss auf Entscheidungen vor Ort bis zur Einsetzung der Geschäftsführung.

Qualität und Patientenzufriedenheit zählen am meisten

Hohe Qualität der Leistungserbringung, hohe Patientenzufriedenheit und ein gutes Image führen

die strategische Zielhierarchie aller befragten Krankenhäuser an. Neben den Patienten gilt den Einweisern große Aufmerksamkeit. Ebenfalls von hoher Wichtigkeit sind Mitarbeiterzufriedenheit, Personalbindung und Personalentwicklung.

Bei weiteren Zielsetzungen unterscheiden sich jedoch die Krankenhausträger voneinander: Für private Kliniken sind Gewinnerzielung und hohe Kapitalrendite wichtiger als für öffentliche und freigemeinnützige Häuser. Letztere orientieren sich stärker an regionalwirtschaftlichen Kriterien, zum Beispiel der Sicherung von Arbeitsplätzen, einer umfassenden medizinischen Versorgung der Bevölkerung und der Vernetzung mit den Leistungserbringern vor Ort. Ungeachtet dessen ergab die Befragung: Alle teilnehmenden Kliniken sind mit der Verwirklichung ihrer ökonomischen Ziele eher unzufrieden, etwa bei Gewinn, Kapitalrendite und Steigerung von Marktanteilen.

Wohin wollen sich die Krankenhäuser entwickeln?

„Viele Krankenhäuser setzen auf Expansion: Von den meisten Krankenhäusern (77 %) wurde der Aufbau neuer Leistungsbereiche bzw. neuer Geschäftsfelder als sehr oder ziemlich wichtig für die Krankenhausstrategie 2020 qualifiziert“, fand die Erhebung heraus. Große Bedeutung haben auch die Leistungsmengensteigerung (72 %), das Fall- bzw. Casemanagement (58 %) und eine stärkere Beteiligung an der ambulanten ärztlichen Versorgung in der Region (57 %).

Bemerkenswert, welche Aspekte nicht oder nur selten in strategische Überlegungen einfließen: die Reduzierung des Leistungsangebots (57 %), Technologiepartnerschaft und Bereitstellungsmodelle mit Medizintechnikunternehmen (65 %) sowie die Fusion mit anderen Krankenhäusern (69 %).

Methoden der Strategieentwicklung

Die Deckungsbeitragsrechnung (70 %) sowie Markt- und Wettbewerbsanalysen (69 %) sind standardmäßig eingesetzte Methoden des strategischen Managements. Ebenfalls weite Verbreitung haben u.a. Potenzialanalyse (63 %) und Portfolioanalyse (54 %). Jede zweite Klinik betreibt strategische Zielbildung (53 %), zum Beispiel per Leitbild. Kostenträger- und Profitcenter-Rechnung oder die Expertise externer Berater werden aus einem Drittel der Häuser gemeldet.

Wettbewerb und Marktumfeld

Die Analyse des Markt- und Unternehmensumfelds ergab folgende Prioritäten (Mittelwerte von 1 = gar nicht bis 5 = sehr): Zuweiser (4,2), Patientenstruktur im Einzugsgebiet (4,1), Mitbewerber (4,0). Die Nachsorger (2,8) und Lieferanten (2,7) bilden das Schlusslicht bei der Analyse der Wettbewerbssituation.

Krankenhäuser in dünn besiedelten Kreisen ziehen höchst selten eine Reduzierung des stationären Leistungsangebots, eine

Spezialisierung oder Fusion mit anderen Häusern ins Kalkül. Sehr oft steht bei ihnen der Ausbau des Fall- bzw. Casemanagements auf der To-do-Liste. Kliniken in stärker urban verdichteten Kreisen hingegen präferieren „auffallend häufig“ eine Spezialisierung und Fusion. Häuser in städtischen Kreisen und kreisfreien Großstädten wiederum beziehen häufig eine Leistungsmengensteigerung in ihre Zielplanung ein.

Zentrale Zielbereiche: Medizin, IT, Telemedizin

Die Krankenhausstrategie 2020 wird nicht nur von wirtschaftlichen Überlegungen bestimmt. Auch die Medizinstrategie als Grundlage von Investitionsvorhaben (89 % der Kliniken) und Personalplanung (90 %) übt großen Einfluss aus. Erheblichen Nachholbedarf gibt es bei der IT-Strategie: 50 Prozent der Häuser verfügt über eine entsprechende Zielplanung zur Unterstützung von Geschäftsprozessen. Interessant: Mehr als ein Drittel der Häuser mit Jahresfehlbeträgen in der Zeit von 2013 bis 2015 verfügt über keine Planung zur IT-Strategie. Telemedizinische Anwendungen bestehen in 78 Prozent der Krankenhäuser, den weiteren Ausbau beabsichtigen 73 Prozent.

Strategie 2020: Mehr als Spezialisierung und Mengenausweitung

Es ist höchste Zeit, die Weichen für die Zukunft des eigenen Krankenhauses oder Verbundes zu stellen, mahnt Andreas Weigand vom Vorstand der Deutschen Krankenhausinstituts. Dabei einfach auf Spezialisierung und Mengenausweitung zu setzen, wäre angesichts ausgabenlimitierender Faktoren des KHSG (Fixkostendegressionsabschlag) zu kurz gegriffen. Jedes Krankenhaus müsse vielmehr seine eigene Strategie zur Zukunftssicherung finden. Dabei bilde die vorliegende Studie eine wertvolle Handreichung.

Krankenhausstrategie 2020, Konzeption und Durchführung: Deutsches Krankenhausinstitut e. V. und BDO AG, November 2016, 38 Seiten, [Download](#).

Bildung

Gute Kita darf mehr kosten

Kaum war sie Bundesfamilienministerin, wollte Manuela Schwesig alles besser machen. Ein Qualitätsgesetz sollte die teils erheblichen Unterschiede der frühkindlichen Bildung in den Ländern und Kommunen ausgleichen. Das war im Jahr 2014. Doch die Länder wollten sich nicht in ihren Kompetenzbereich hineinreden lassen und schon gar nicht auf den Kosten für die avisierten Reformen sitzen bleiben. Ein Konsens, was genau unter Qualität in der frühkindlichen Bildung zu verstehen ist, wurde bis heute noch nicht gefunden. Immerhin beschloss die Bundesregierung, bis 2020 zusätzliche 100.000 Betreuungsplätze zu schaffen.

Bildungsföderalismus in allen Ehren, doch wenn es um Kitas geht, wünschen sich Eltern bundesweit verbindliche Qualitätsstandards. Mehr Erzieher, mehr Krippenplätze, gesünderes Essen – eine Mehrheit der Eltern hierzulande fordert eine bessere Kita-Betreuung. Viele Befragte wären bereit, dafür einen höheren Beitrag zu zahlen. Das ergab eine Befragung von gut 4.400 Eltern von Kita-Kindern im Alter bis einschließlich sieben Jahre. Die Erhebung von Infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung fand in September und Oktober 2016 statt.

Einheitlicher Betreuungsschlüssel deutschlandweit

86 Prozent der Eltern wünschen sich eine bundesweit einheitliche Erzieher-Kind-Relation. Eine klare Aussage

angesichts großer Unterschiede zwischen den Bundesländern. „Die Bertelsmann Stiftung empfiehlt, dass eine Erzieherin für höchstens drei Kinder unter drei Jahren bzw. 7,5 Kinder ab drei Jahren bis zur Schule zuständig sein sollte“, heißt es in der Studie. Bundesweit liegt die Fachkraft-Kind-Relation bei 1:4,3 (bei den unter Dreijährigen) bzw. 1:9,3 (bei den über Dreijährigen). Nur Baden-Württemberg und Bremen entsprechen dem empfohlenen Personalschlüssel. In Ostdeutschland betreut eine Erzieherin fast doppelt so viele Kinder.

Elternmeinung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

76 Prozent der befragten Eltern bemängeln, dass es nicht genug Kita-Plätze für alle Bewerber gibt. Mehr Plätze für Kinder unter drei Jahren wünschen sich 83 Prozent. 75 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass sie hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht hinreichend unterstützt werden. 67 Prozent monieren, dass nicht jedes Kind die Möglichkeit hat, eine qualitativ hochwertige Kita zu besuchen. 63 Prozent stoßen sich an nicht bedarfsgerechten Kita-Öffnungszeiten. Auch bei der Verpflegung gäbe es einiges zu verbessern. 90 Prozent der befragten Eltern wünschen eine Orientierung an anerkannten Qualitätsstandards.

85 Prozent der Eltern sprechen sich für eine bundesweit einheitliche Ausbildung des pädagogischen Personals aus. Zwar haben sich die Länder auf ein Qualifikationsprofil verständigt, bestimmen die Ausbildung aber nach eigenen

Richtlinien. Hinsichtlich der pädagogischen Arbeit in den Kitas lehnen die Eltern bundeseinheitliche Standards ab. Sie wünschen sich stattdessen, dass sich die Einrichtungen individuell an den pädagogischen Bedürfnissen der Kinder und Familien ausrichten.

Gering- und Gutverdiener sind sich einig

Fast alle befragten Eltern sind der Auffassung, der Bund müsse sich stärker an der Finanzierung von Kitas beteiligen (95 %). 48 Prozent sind bereit, selbst einen höheren Beitrag zu zahlen. „Die Bedingung hierfür ist jedoch eine Qualitätssteigerung in den Einrichtungen“, fordern die Eltern. Hingegen 52 Prozent der Befragten können sich nicht vorstellen, für höhere Qualität tiefer in die Tasche zu greifen.

Aufschlussreich: Eltern mit einem monatlichen Netto-Haushaltseinkommen unter 1.500 Euro und Eltern mit 4.500 Euro und mehr sind sich in ihrer Bewertung der Kita-Beitragshöhe ziemlich einig. Unter den Geringverdienern finden 40 Prozent den bezahlten Beitrag als zu hoch, 56 Prozent als angemessen. Bei den Gutverdienenden sind es 38 bzw. 58 Prozent. Je nach Wohnort und Einkommen leisten Eltern einen Kita-Beitrag zwischen null und 600 Euro monatlich. 81 Prozent der Eltern zahlen einen Beitrag, 19 Prozent nicht. Wer keinen Beitrag zahlt, tut das wegen allgemeiner Beitragsfreiheit ab einem bestimmten Alter oder Kita-Besuchsjahr (40 %), wegen Beitragsfreiheit in der Kommune (27 %) oder weil das

Haushaltskommen unterhalb einer bestimmten Grenze liegt (26 %).

Doppelte Herausforderung für Kitas

„Die Systeme der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE) in Deutschland stehen immer noch vor der Herausforderung, dass der Bedarf an Betreuungsplätzen weiter steigt und gleichzeitig der Qualitätsausbau gefördert werden muss“, resümiert die Studie. Dieser Befund deckt sich mit Erwartungen der Eltern an eine zeitgemäße frühkindliche Bildung, legt die Befragung dar. Damit, so die Hoffnung, bieten sich Politik und Verwaltung bei der Diskussion um ein Kita-Bundesqualitätsgesetz nützliche Hinweise auf Reformfordernisse.

Kita-Qualität in Deutschland – Was wünschen sich Eltern?
Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, Dezember 2016, 11 Seiten,
[Download](#).

Integration

Investition in Sprache und Bildung zahlt sich aus

Die Eingliederung in den Arbeitsmarkt gilt als der Prüfstein schlechthin für gelungene Integration. Endlich angekommen – ein hoffnungsvolles Signal an Zuwanderer und deutsche Mehrheitsgesellschaft! Doch der Weg ist steinig, Qualifikationen und Integrationsfähigkeit von Flüchtlingen sind umstritten, wie die Medien-Berichterstattung zeigt: „Flüchtlinge finden nur schwer einen Job“ (*Der Spiegel*), „In Bildung der Flüchtlinge zu investieren, ist gut angelegtes Geld“ (*Badische Zeitung*) oder „Flüchtlinge könnten der Wirtschaft langfristig schaden“ (*Die Welt*).

Mehr Klarheit will eine gemeinsame Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) schaffen. Am Beispiel der Flüchtlinge des Jahres 2015 – 890.000 Menschen – simuliert das Projekt, wie sich Investitionen in die Arbeitsmarktintegration für die Gesamtwirtschaft und den Staatshaushalt bis 2030 auswirken könnten. Der Untersuchung liegen Daten der IAB-SOEP-Migrationsstichprobe zugrunde. Sie enthält Informationen zu Flüchtlingen, die Deutschland zwischen 1995 und 2013 erreichten. Laut Studie entsprechen deren sozio-demografische Merkmale (u. a. Alter, Geschlecht, Familienhintergrund) und Qualifikationsstruktur weitgehend den in jüngster Zeit zugewanderten Flüchtlingen.

„Investitionen in die Integration der Flüchtlinge lohnen sich“, dieses titelgebende Argument der Studie plädiert für eine umfassende Förderung von Sprachkompetenz und

Berufsausbildung der Flüchtlinge. Beides verbessere die Eingliederung in den Arbeitsmarkt und entlaste die öffentlichen Haushalte. Die Autoren legen ein Basisszenario für den Integrationsverlauf in der Zeit vor 2015 zugrunde, als nur wenig in die Bildung von Flüchtlingen investiert wurde. Integrationskurse waren Flüchtlingen mit anerkanntem Schutzstatus vorbehalten, besondere Förderprogramme gab es noch nicht.

Szenario 1 - Keine Förderung: Ausgaben für Flüchtlinge überwiegen

Die zunehmende Erwerbstätigkeit von Flüchtlingen, so rechnen die Autoren hoch, lässt das Bruttoinlandsprodukt zwischen 2015 und 2030 um rund 9 Mrd. Euro oder 0,3 Prozent wachsen. Doch vor allem in den Anfangsjahren übersteigen die Ausgaben für Flüchtlinge deutlich die höheren Einnahmen bei Steuern und Sozialbeiträgen. Das Defizit beläuft sich jahresdurchschnittlich bis 2030 auf 2,1 Mrd. Euro. Die Konsequenz: „Trotz der zunehmenden Arbeitsmarktintegration und der Berücksichtigung von moderaten Nachfrageeffekten bleibt der jährliche Finanzierungssaldo bis zum Ende des betrachteten Zeitraums negativ.“

Dem Basisszenario steht ein simuliertes PolitikszENARIO gegenüber, das sich durch verstärkte staatliche Investitionen in Bildung und Sprache auszeichnet. Hintergrund ist die im Oktober

2015 in Kraft getretene Regelung, wonach nicht länger nur Flüchtlinge mit Asylstatus, sondern auch Asylsuchende und bestimmte Personengruppen mit Duldungsstatus Integrationskurse wahrnehmen können.

Szenario 2 - Mehr Bildung, mehr Sprache: Hohe Rendite

Zur Ermittlung des fiskalischen Nutzens erhöhter Bildungsanstrengungen simulieren die Autoren die Zunahme des Anteils von Flüchtlingen, die innerhalb von zehn Jahren nach dem Zuzug einen beruflichen Bildungsabschluss erwerben, um 20 Prozentpunkte. Die erhöhte Erwerbstätigkeit führt zu steigenden Steuereinnahmen und Sozialbeiträgen. Bei einem ausgeweiteten Bildungsangebot würde das jahresdurchschnittliche Defizit bis 2030 gegenüber dem Basisszenario um rund 500 Mio. Euro geringer ausfallen. Wenn der Anteil der Flüchtlinge mit sehr guten und guten Deutschkenntnissen um ebenfalls 20 Prozentpunkte steigt, würde das jahresdurchschnittliche fiskalische Defizit um weitere 190 Mio. Euro abnehmen.

Bis 2030 sinkt das kumulierte fiskalische Defizit um 11 Mrd. Euro, legt die Studie dar. Berücksichtigt sind geschätzte Investitionen von knapp 3 Mrd. Euro für Bildungsabschlüsse und von gut 0,3 Mrd. Euro für den Erwerb zusätzlicher Sprachkompetenz, also insgesamt 3,3 Mrd. Euro. Das bedeutet: Mit zusätzlichen Bildungsinvestitionen

von 3,3 Mrd. Euro für die 2015 zugewanderten Flüchtlinge könnten die Staatskassen bis zum Jahr 2030 rund elf Mrd. Euro sparen. „Es ergeben sich nach diesen empirisch gestützten Modellrechnungen also hohe Renditen für Investitionen in die Integration“, resümiert die Studie.

Flüchtlinge wie alle Zuwanderer behandeln

Dieser Befund deckt sich mit einer aktuellen IAB-Studie zu den volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Zuwanderung seit 1970, stellen die Autoren fest. Zwar haben Flüchtlinge größere Integrationshindernisse zu überwinden als andere Zuwanderer. Daher sei entscheidend, Flüchtlinge ähnlich wie andere Migranten zu qualifizieren, um ihnen den Weg in den Arbeitsmarkt zu ebnet. Dann seien auch hier bessere gesamtwirtschaftliche Effekte zu erwarten.

Die Öffnung der Integrationskurse für Asylbewerber aus Ländern mit guter Bleibeperspektive sei eine kluge Maßnahme zugunsten rascher Sprachkompetenz, empfiehlt die Studie. Eine große Zahl von Flüchtlingen sei weiterhin von dieser Förderung bis zum Abschluss des Asylverfahrens ausgeschlossen, obwohl viele von ihnen länger in Deutschland bleiben würden. Als sinnvoll führt die Studie die Ausbildungsduldung durch die „3 plus 2-Regelung“ an. Asylbewerber und Geduldete bekommen damit Aufenthaltsrecht für die Dauer der Ausbildung und zwei weitere Beschäftigungsjahre. Allerdings seien weitere

Bildungsinvestitionen gefragt, zum Beispiel in bildungs- und ausbildungsvorbereitende Programme.

Stefan Bach / Herbert Brücker / Kristina van Deuverden / Peter Haan / Agnese Romiti / Enzo Weber, Fiskalische und gesamtwirtschaftliche Effekte: Investitionen in die Integration der Flüchtlinge lohnen sich, IAB-Kurzbericht, 02/2017, Nürnberg, 12 Seiten, [Download](#).

Gesellschaft

Wohlfahrtsstaat unter Reformdruck: Investitionen in die Gerechtigkeit

Ist er nun ein raffinierter Populist, ein Sozialmessias oder einfach nur der freundliche Nachbar aus Würselen? Fest steht: Kanzlerkandidat Martin Schulz hat seine Partei in ein fulminantes Umfragehoch katapultiert. Wie er das geschafft hat? Mit seinem Plädoyer für mehr Verteilungsgerechtigkeit tönt Schulz wie das personifizierte Echo eines breiten Unbehagens in der Gesellschaft. 64 Prozent der Bundesbürger zwischen 30 und 59 Jahren empfinden die Verteilung von Vermögen und Einkommen als ungerecht, 68 Prozent beurteilen die soziale Schieflage als große Gefahr für die Zukunft Deutschlands, hat das Institut für Demoskopie Allensbach ermittelt. Der aktuelle Armutsbericht unterstreicht die Dringlichkeit.

Soziale Gerechtigkeit – das Thema der nächsten 30 Jahre

Noch muss sich der Herausforderer nicht an handfesten Ergebnissen messen lassen. Doch mit seiner Rückbesinnung auf den Kern des Wohlfahrtsstaates, die soziale Gerechtigkeit, hat er das „Megathema der nächsten 30 Jahre“, wie es der Soziologe Heinz Bude voraussagte (s. *BFS-Trendinfo 4/16**), zum Wahlkampfthema gemacht. Womit das Anliegen einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung angesprochen wäre: Der Augsburger Sozialwissenschaftler Saša Bosancic zeigt darin auf, „Wo der deutsche Wohlfahrtsstaat jetzt investieren muss.“

Vom fürsorgenden Sozialstaat zum aktivierenden Wohlfahrtsstaat

Klassische Säulen des Wohlfahrtsstaates sind die Einkommen aus Erwerbstätigkeit und das daraus finanzierte System der Sozialversicherung. Wachsende Ungleichheit und Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt haben diesen lange so selbstverständlichen Schutz erschüttert. Der Staat kann seinen Beitrag zur Daseinsvorsorge nicht mehr allein bewältigen, sondern ist auf den eigenverantwortlich mitwirkenden Bürger angewiesen, stellt Bosancic fest: Der fürsorgende Sozialstaat muss zum aktivierenden Wohlfahrtsstaat werden. Den Hintergrund dieser Transformation bilden tiefgreifende Herausforderungen der Arbeitsgesellschaft: der demografische Wandel, die Hinwendung von der Industriegesellschaft zur digitalisierten Wissensgesellschaft, die Globalisierung der Erwerbsarbeit sowie die städtischen Exklusions- und Ausgrenzungstendenzen.

Autor Bosancic führt zentrale Politikvorschläge zusammen, die in den vergangenen zwei Jahren in dem Projekt „gute gesellschaft – soziale demokratie #2017plus“ der Friedrich-Ebert-Stiftung Jahren erörtert wurden. Wie in einem Dringlichkeitskatalog schälen sich sechs Handlungsfelder des sozialinvestiven Wohlfahrtsstaates heraus.

- Die Bekämpfung der **Kinder-, Jugend- und Bildungsarmut** erfordert höhere staatliche Ausgaben im Bildungsbereich und die Abschaffung früher schulischer Selektionsmechanismen. Das System der Bildung und Ausbildung bedarf der Studie zufolge größerer Durchlässigkeit. Ganztagsangebote für benachteiligte Kinder sollten ausgebaut, die vorschulische Erziehung qualitativ verbessert werden. „Dies müsste allerdings flächendeckend eingeführt werden.“ Bildungscoaches könnten durch individuelle Förderung einen nützlichen Beitrag zur Chancengleichheit leisten.
- Auch das **Übergangssystem** zwischen Schule und Ausbildung ist reformbedürftig, stellt die Untersuchung fest. Eigentlich soll es lernschwachen Schülern berufliche Orientierung geben, ist aber in seiner Effektivität stark umstritten. Zum Übergangssystem zählen das Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) sowie Angebote von der Bundesagentur für Arbeit und von Berufsfachschulen ohne beruflichen Abschluss. Die Studie nennt einige Verbesserungsvorschläge: individuelle pädagogische Berufsbegleitung, stärkere Koordination aller Beteiligten auf lokaler Ebene und enge Begleitung der Betriebe bei der Förderung lernschwacher Jugendlicher.

- Das Konzept des aktivierenden Wohlfahrtsstaates muss sich der Studie zufolge sehr viel passgenauer um die Qualifizierung und Vermittlung von **Erwerbslosen** kümmern: durch erheblich intensivere Fallbetreuung seitens der Bundesagentur für Arbeit und durch bedarfsgerechte Umschulungen anstelle kurzfristiger Trainingsmaßnahmen. Die innerbetriebliche Weiterbildung sollte sich verstärkt der Qualifizierung auch solcher Erwerbsloser widmen, die zunächst nicht exakt den Anforderungen entsprechen. Außerdem empfiehlt die Studie, die Integrationsbemühungen für Langzeiterwerbslose durch maßgeschneiderte Programme des dritten Arbeitsmarkts zu intensivieren.
- Sozialinvestitionen sind nachdrücklich an der Förderung des Zusammenhangs von **Familien- und Arbeitsmarktpolitik** zu messen. Hohe Priorität hat dabei der Ausbau einer familienkompatiblen Kinderbetreuung, damit sich Eltern erfolgreich in den Arbeitsmarkt integrieren können. Für Alleinerziehende sind besondere Qualifizierungsangebote gefragt, da diese Personengruppe oft länger erwerbslos ist.
- Eine sozial steuernde **städtische Quartiersaufwertung** muss armutsbedingter Segregation und wohlstandsgetriebener Gentrifizierung gleichermaßen entgegenwirken, fordert die Studie. „So sollten u.a. unterschiedliche Eigentumsformen und Mietniveaus im Quartier befördert werden, während der Verkauf

öffentlicher Wohnungen nach Möglichkeit verhindern werden sollte.“ Ein sozial benachteiligtes Quartier bedarf der Aufwertung durch gute Schulen, die zugleich als Orte der Begegnung fungieren. Wichtig ist, lokales Gewerbe und ansässige Schulen etwa durch Praktika zusammenzubringen; überdies zählt die Vernetzung mit weiteren Bildungsträgern, mit der kommunalen Verwaltung und sozialen Dienstleistern.

- Ob Schüler, geringqualifizierte Beschäftigte oder Fachkräfte – aus der Perspektive des Wohlfahrtsstaates gilt es, Menschen für die **Digitalisierung der Arbeitswelt** fit zu machen und neue soziale Schutzmechanismen zu schaffen. Innovative Weichenstellungen gelten der Kompetenzentwicklung, Mitbestimmung und dem Arbeits- und Datenschutz. Das Jahrhundertprojekt Industrie 4.0 weist der (Weiter-) Bildung zur Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit eine ganz neue Dringlichkeit zu. Der anstehende Umbau des sozialen Sicherungssystems muss sich der Herausbildung eines digitalen Prekariats mit seinem hohen Anteil an Solo-Selbstständigen in volatilen Erwerbsverhältnissen entgegenstellen. Laut Studie sollte das Betriebsverfassungsgesetz künftig durch einen erweiterten Arbeitnehmerbegriff dafür sorgen, dass Schutzrechte etwa auch für den Personenkreis der Crowdworker gelten.

Ausblick

Erforderlichen wohlfahrtsstaatlichen Innovationen steht die Frage der Machbarkeit gegenüber. Generell geht es der Studie zufolge darum, die Sicht der Beschäftigungs- und Sozialpolitik als lediglich wirtschaftsfokussierter Standortpolitik zu überwinden, damit der Staat als ermöglichender und aktivierender Akteur tätig werden kann. Ganz konkret berührt das auch die Ausweitung der Finanzbasis: durch die Einbeziehung von Beamten, Selbstständigen und Freiberuflern, durch die Erhöhung von Beitragsbemessungsgrenzen und die Neuregelung des Spitzensteuersatzes sowie der Erbschafts- und Vermögenssteuer.

Saša Bosancic, Wo der deutsche Wohlfahrtsstaat jetzt investieren muss, Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe „Gute Gesellschaft - soziale Demokratie #2017plus“, Bonn 2016, 44 Seiten, [Download](#).

*Siehe dort den Beitrag: „Soziale Marktwirtschaft. Von der deutschen Suche nach einer Erzählung“.

Rentenkluft: Frauen sind Lückenbüßer, Männer aber auch

Auf dem Weg zur Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern sind noch einige Etappen zurückzulegen. Zwei Zahlen belegen das besser als tausend Worte: Frauen verdienen 21 Prozent weniger als Männer (Westdeutschland: 23 Prozent, Ostdeutschland: 8 Prozent, 2015). Nach dem Berufsleben reißt diese Gehaltslücke zur Klufft einer um 42 Prozent geringeren Rente auf. Der Wechsel vom „Gender Pay Gap“ zum „Gender Pension Gap“ macht Frauen also erst recht zu Lückenbüßern. Doch künftig wird diese Einkommenslücke kleiner: Weil die Renten der Männer sinken und Frauen leicht aufholen.

Hintergründe liefert eine neue Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), die von der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung gefördert wurde. Die Daten basieren auf dem Sozio-oekonomischen Panel und der Rentenversicherung. Danach erhielten westdeutsche Männer im Ruhestand 2014 im Schnitt 994 Euro pro Monat, während Frauen mit eigenem Rentenanspruch nur auf 576 Euro bzw. 58 Prozent kamen. Das ergibt eine Differenz von 418 Euro (42 %). Im Osten kamen Männer auf durchschnittlich 1.057 Euro, Frauen auf 818 Euro. Der Gender Pay Gap lag demnach bei 239 Euro (23 %).

Welche Gründe hat die geschlechterspezifische Rentenlücke?

Maßgeblich ist der Unterschied beim sozialversicherungspflichtigen Arbeitsentgelt, erklären die DIW-Wissenschaftler. Frauen sind öfter in schlecht bezahlten Berufen tätig, steigen seltener in Führungspositionen auf und arbeiten häufiger in Teilzeit. Weiterhin unterbrechen Frauen ihre berufliche Tätigkeit häufiger als Männer, um sich ihren Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen zu widmen. Diese Faktoren verdeutlichen zweierlei: Die geschlechterbezogene Rentenlücke ist doppelt so groß wie die Gehaltslücke (42 bzw. 21 %). Beide Lücken zusammen resultieren für Frauen im Risiko der Altersarmut.

Warum schrumpft die Rentenlücke zu Lasten der Männer?

Die Studie bestimmt den Gender Pension Gap für vier Geburtskohorten (1936-1945, 1946-1955, 1956-1965, 1966-1970). Die älteste Kohorte wurde zwischen 1936 und 1945 geboren und bezieht bereits Altersrente. Die jüngste Kohorte umfasst Menschen der Jahrgänge 1966 bis 1970. Die Untersuchung berücksichtigt ihre Erwerbsbiografie bis zum Alter von 40 Jahren und rechnet die erwartete Rente hoch. Das Ergebnis: Die Rentenlücke zwischen den Geschlechtern wird

künftig kleiner, sagen die Wissenschaftler voraus. Vor allem liegt das an den schrumpfenden Bezügen für Männer. Genauer gesagt, an deren veränderten Erwerbsbiografien (Erwerbsunterbrechungen, längere Ausbildung, mehr Teilzeit). Männer der Jahrgänge 1966 bis 1970 müssen sich im Vergleich zu heutigen Rentnern der Jahrgänge 1936 bis 1945 auf einen Rückgang von 170 Euro (West) bzw. 220 Euro (Ost) gefasst machen.

Warum holen Frauen auf?

Die zunehmende Erwerbstätigkeit der Frauen führt in Westdeutschland zu leicht höheren Rentenansprüchen. In Ostdeutschland mit traditionell höherer Frauen-Erwerbstätigkeit tut sich nicht viel. Gesamtdeutsch dürften die Rentenanwartschaften der Jahrgänge 1966 bis 1970 im Vergleich zu den 1936 bis 1945 Geborenen um 15 Prozentpunkte (90 Euro) höher ausfallen, stellt die Studie fest. Das klingt gut. Dennoch: „Die hier prognostizierten durchschnittlichen GRV-Renten für Frauen der Geburtskohorte 1966-70 werden voraussichtlich bei nur etwas mehr als 700 Euro liegen, und damit allein nicht ausreichen, um vor Altersarmut zu schützen.“ Überdies gilt der für die Gesetzliche Rentenversicherung festgestellte Gender Pension Gap auch für die betriebliche und private Altersvorsorge.

Das Rentenniveau der Frauen kann sich durch die Anrechnung von Kindererziehungszeiten und die ausgeweitete Mütterrente (2014) leicht verbessern. „Das verringert natürlich die Rentenlücke leicht, aber Frauen unterbrechen ihre Erwerbsbiografien für gewöhnlich länger, als es durch die zusätzlichen Rentenpunkte kompensiert werden könnte“, kommentiert DIW-Wissenschaftler Christian Westermeier.

Christian Westermeier, „Rentenpunkte auf die Erziehungszeiten verringern den Gender Pension Gap nur leicht“ (Interview) und Gert G. Wagner, Diskussionen um die Rente sind sinnvoll, denn sie erhöhen ihre Verlässlichkeit (Kommentar)

Schluss mit der Rentenlücke – was muss sich ändern?

„Das Beste wäre, Anreize für Frauen zu schaffen, um in Vollzeit arbeiten zu können und damit die Vollzeitquoten den Männern anzugleichen“, rät die Studie. Eine verbesserte Betreuung für Klein- und Schulkinder helfe Frauen ganz klar bei der Etablierung auf dem Arbeitsmarkt, außerdem dürfe die Politik das Ziel der Lohngerechtigkeit nicht aus den Augen verlieren.

Markus M. Grabka / Björn Jotzo / Anika Rasner / Christian Westermeier, Der Gender Pension Gap verstärkt die Einkommensungleichheit von Männern und Frauen im Rentenalter, DIW Wochenbericht 5/2017, 87-97, [Download](#).

Ergänzend in diesem Heft:

Buchempfehlung

Gerhard Henkel: Rettet das Dorf! Was jetzt zu tun ist

Verlag dtv, München 2016, 270 Seiten, 22,- Euro, ISBN 978-3-423-28102-7.

35.000 Dörfer gibt es in Deutschland. Gerhard Henkel ist in einem davon, in Fürstenberg bei Paderborn in Ostwestfalen, geboren und aufgewachsen – und lebt heute wieder dort, gemeinsam mit 2.500 Einwohnern. Der renommierte Humangeograf gilt als Deutschlands „Dorfpapst“ und schätzt in seinem Heimatdorf den Wald, die Vereine, den Gemeinsinn und den eigenen großen Garten. In großen Teilen Deutschlands veröden dagegen die Dörfer. Die Leerstandsquote liegt zwischen 5 und 40 Prozent. In seiner leidenschaftlichen Streitschrift „Rettet das Dorf“ wirft der Wissenschaftler der Politik vor, die Dörfer mit ihren Reformen systematisch entmündigt zu haben. „Das muss aufhören! Das schadet nicht nur dem Land, das schadet auch der Demokratie“, sagt Henkel im Gespräch mit unserer Autorin.

In der Rückschau war das Fürstenberg der 50er Jahre ein autarker, lebendiger Kosmos voller Menschen, Arbeitsplätze, öffentlicher und privater Infrastruktur. „Das war pralles Dorfleben“, schreibt Henkel im Vorwort. Viele der schönen alten Häuser in der Dorfmitte und das Schloss von Fürstenberg stehen inzwischen unter Denkmalschutz, nicht zuletzt, weil die Bürgerinnen und Bürger in den 70er Jahren vehement gegen wahnwitzige Sanierungs- und Abrisspläne protestiert haben. Mit Erfolg. Heute dagegen werden die Dörfer in Deutschland immer leerer.

Dem Dorf wurde die innere Kraft genommen

„Kommt man zum ersten Mal in ein Dorf, fällt einem als aufmerksamer Beobachter sofort auf, wenn wichtige Gebäude, wie der Gasthof im Ortskern leer stehen“, erläutert Henkel. „Wenn man dann sieht, dass auch das Schulgebäude aufgegeben wurde, kann man sicher sein, die Infrastruktur des Dorfes zieht sich zurück.“ Arbeitsplätze sind rar. Die Jugendlichen wandern ab, die Älteren bleiben zurück. Henkel beschreibt eindrücklich die Wucht des demografischen Wandels, für ihn ein Teufelskreis, der zehntausendfach das Dorfleben prägt. Dass verlassene Dörfer zum Massenphänomen wurden, gab es zuletzt im Dreißigjährigen Krieg, schreibt Henkel.

Der Humangeograf nennt diese Abwärtsbewegung „Existenzkrise des Dorfs“, die in den 70er Jahren durch die seiner Meinung nach „katastrophalen Gebietsreformen“ ausgelöst wurde. „Sie haben dem Dorf seine innere Kraft der Selbstverantwortung genommen“, stellt der 73 Jahre alte Wissenschaftler fest und ist immer noch spürbar empört. „In Deutschland wurden allein 300.000 ehrenamtlich tätige Kommunalpolitiker einfach bei Seite geschoben, indem man Ihnen sagte: „Wir brauchen euch nicht mehr.“ In einer Phase, in der ein starker ökonomischer und sozialer Wandel eingesetzt hatte, wurde das Dorf „führungslos und kraftlos“. „Dadurch wurde es doppelt schwer für das Dorf, den Wandel zu meistern.“

Dorf und Land haben einen hohen ökonomischen Mehrwert

Gerhard Henkel ist zutiefst davon überzeugt: Dorf und Land haben einen hohen ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Mehrwert für den Staat, auf den die Gesellschaft auf gar keinen Fall verzichten kann. Mit 18 Jahren war der heutige Nestor der deutschen Dorfforschung allerdings froh gewesen, der dörflichen Enge und der starken sozialen Kontrolle zu entkommen. Der Autor studierte Geografie und Germanistik und fand bereits mit der Promotionsarbeit sein Herzenthema, die Dorfentwicklung. Ausgerechnet in der Stadt Essen mitten im Ruhrgebiet kümmerte sich der Professor über Jahrzehnte um die Erforschung der Dörfer und der sogenannten Provinz. Stets verstand er sich als Fürsprecher des ländlichen Raums.

Als junger Wissenschaftler war er entsetzt, als er Mitte der 70er Jahre erfuhr, was hinter den Visionen der Landesentwicklungsgesellschaft für seine Heimatregion steckte. Auch Fürstenberg sollte radikal umgestaltet werden, weil es dort keine schützenswerten historischen Ensemble gäbe. „Das war ein Blitzschlag in meiner anfänglich wissenschaftlichen Laufbahn.“ Mit seinen Kollegen von der Gesamthochschule gründete er den „Arbeitskreis für angewandte Dorfforschung“, der seit 1978 alle zwei Jahre Bürgermeister und Kommunalpolitiker zum Dorfsymposium nach Bleiwäsche

einlädt, einem Nachbarort von Fürstenberg. Mittlerweile kann Henkel zum Thema Dorf mehr als 300 Publikationen vorweisen.

Das Dorf, das zunehmend unbekanntes Wesen

Seine aktuelle Begeisterung für das Landleben dokumentierte der emeritierte Professor zuletzt vor sechs Jahren mit dem Standardwerk „Das Dorf“. In dem üppig bebilderten und gut zwei Kilo schweren Großformat hat Gerhard Henkel die 500.000 Jahre alte Geschichte des Landlebens aufgeschrieben. Er nennt das Dorf „ein zunehmend unbekanntes Wesen, das im öffentlichen Bewusstsein generell eine geringere Rolle spielt, als ihm eigentlich zusteht“. Mit 300 Fotos, Karten und Grafiken machte der Wissenschaftler den Wert des Dorfes für die Gesellschaft deutlich. Das Dorfkompodium verstand Henkel als soziokulturelle Zeitreise in die dörfliche Wirtschaft vom Mittelalter bis in die Gegenwart. Seine neue Streitschrift „Rettet das Dorf“ ist für Henkel „das Endergebnis einer langen Phase intensiver Beobachtung“. Für ihn ist es auch nach so vielen Jahren immer noch zutiefst sinnvoll, sich mit dem Dorf und seiner Rettung zu beschäftigen.

Der Staat hat viele Dörfer aufgegeben

Dörfer und Landgemeinden sind Henkels Ansicht nach wesentlicher Bestandteil der deutschen Kultur und Gesellschaft. Die Agonie des Dorfes sei trotzdem an vielen Orten schon sehr weit fortgeschritten, nicht nur in wirtschaftlich schwachen

Regionen. Vor allem in den neuen Bundesländern sind viele Bürger und Kommunalpolitiker enttäuscht, weil der Staat ihre Dörfer aufgibt. Für den Anwalt der Dörfer, wie Henkel sich selbst nennt, zeugt das von respektloser und urbaner Arroganz der Politik, der Wissenschaft und der Medien. „Diese Entwicklung, und nicht die Flüchtlinge, führen zum großen Frust und zu dem Gefühl, vom Staat abgehängt worden zu sein“, schreibt Gerhard Henkel. Dörfer haben geradezu einen Anspruch auf ordnungspolitische und staatliche Unterstützung.

Die Willkommenskultur kam direkt aus dem Fundus des Dorfes

Ausführlich belegt der Autor die große Welle der Hilfsbereitschaft in den Dörfern gegenüber ankommenden und dort lebenden Migranten. Die dörfliche Vielfalt und deren Gemeinschaft zeigen sich gerade in der ungewohnten Situation der Flüchtlingskrise von ihrer besten Seite.

Der Dorfpapst konnte beobachten, „dass auf dem Land eine regelrechte Anpackkultur und eine Willkommenskultur herrscht, die aus dem Fundus des Dorfes direkt heraus wuchs“. „Jede Neuerung ist eine Chance“, sagt Henkel, „und es wird sich zeigen, wie das weiter geht“.

Feuerwehr, Schützenverein, Landfrauen halten heute ein Dorf am Leben

Der Humangeograf appelliert jedoch nicht nur an die Entscheider, sondern auch an Lokalpolitiker und Dorfbewohner. Man kann ein Dorf nur retten und lebendig halten, wenn die Betroffenen vor Ort das wirklich ernsthaft wollen. Diese These zieht sich wie ein roter Faden durch das lesenswerte Buch, das sich in zwei Hauptteile gliedert. Der erste und größere Teil zielt auf die lokale Ebene, auf die Ebene der Bürger und der ländlichen Kommunalpolitik ab.

Henkels Kernthese: Das Dorf – gemeint sind Ortschaften bis etwa 10.000 Einwohner – hat trotz aller Hiobsbotschaften sehr wohl eine Zukunft – allerdings müssen dafür etliche Rahmenbedingungen erfüllt werden. Der Wissenschaftler setzt sich auf 180 Seiten ausführlich mit Strategien und Verbesserungen „von unten“ auseinander. Es sind Dorfvereine wie die freiwillige Feuerwehr, der Schützenverein, der Sportverein oder die Landfrauen, die heute ein Dorf am Leben halten können.

Gebt den entmachteten Dörfern ihre Autonomie zurück!

Akribisch hat der Autor erfolgreiche Projekte zusammengetragen, wo es gelungen ist, Dörfer fit für die Zukunft zu machen. Wo das Vereinsleben ausgestorben ist, müssen

Bürgervereine gegründet werden, die die Initiative ergreifen:
Einen Dorfladen betreiben, ein Dorfgemeinschaftshaus leiten,
sich für eine regelmäßige Buslinie ins Dorf oder einen Bürgerbus
einsetzen. Oder dafür streiten, dass Banken weiter Filialen im
Dorf unterhalten.

Inzwischen denken auch die Kirchen zentralisiert. Durch die
Pastoralverbände verlieren die Dörfer ihr Herz, befürchtet
Henkel. „In manchen deutschen Bistümern hat man bereits
jahrhundertealte, manchmal 1.000 Jahre alte Dorfpfarreien
aufgelöst und beseitigt.“ Bis zu 20 Pfarreien werden zu
Großpfarreien zusammengelegt. „Die Seelsorge bleibt auf der
Strecke.“ Auch hier verzichtet man auf 100.000 ehrenamtliche
Kirchenvorstände und Pfarrgemeinderäten. Eindringlich
appelliert Henkel an die Zentralen in Politik und Gesellschaft:
„Gebt den entmachteten deutschen Dörfern ihre Autonomie und
auch ihre Demokratie zurück – und ihre eigentliche lokale Kraft.
Beendet das Auflösen von Dorfgemeinden und Dorfpfarreien.“

Im zweiten, etwas kürzeren Teil beschäftigt sich Gerhard Henkel
mit der „Schwächung und Fremdbestimmung von oben“, die dem
Dorf schadet. Gemeint ist die starre zentralistische Gängelung
durch den Staat. Im gesamten Buch liefert der Autor auch
praxisnahe Anregungen und konkrete Tipps. Er veranschaulicht
mit Beispielen und Zahlen, wie sowohl die Bürger als auch die
Akteure in Politik und Gesellschaft das Dorfleben retten können.

Wenn sie es denn wollen! Der Dorfpapst lässt kein Zweifel
daran: Stadt und Land sind aufeinander angewiesen.

Fazit

Für Henkel sind die Dörfer keine Armenhäuser sondern
Basisstationen zum Auftanken. Denn es gibt längst wieder eine
Sehnsucht nach dem Land, nach Überschaubarkeit, nach
ländlichen Lebensstilen „Das Land ist inzwischen liberal und
offen. Dorfbewohner sind Globetrotter geworden“, so Henkel.
„Viele haben ein gutes Gefühl – und da liegt auch ein Teil meiner
tiefliegenden Hoffnung –, dass das Dorf auch in Zukunft eine
Chance hat.“

Impressum

Verlag/Herausgeber:

Bank für Sozialwirtschaft AG
Konrad-Adenauer-Ufer 85
50668 Köln
Telefon 0221 97356-237
Telefax 0221 97356-479
www.sozialbank.de

Redaktion:

Susanne Bauer (v. i. S. d. P.), s.bauer@sozialbank.de, Eva
Richter
Maicke Mackerodt, info@mackerodt.de, www.rhein-reden.de
(Buchempfehlung)

ISSN: 1869-7631

Erscheinungsweise: monatlich